

Berufsrechtstagung des Deutschen
wissenschaftlichen Instituts
der Steuerberater e. V. 2015

Quo vadis Freiberuflergesellschaft?

Schriftenreihe Nr.



VERLAG des wissenschaftlichen
Instituts der Steuerberater GmbH

**Berufsrechtstagung des
Deutschen wissenschaftlichen
Instituts der Steuerberater e.V.
2015**

Quo vadis Freiberuflergesellschaft?

**Herausgegeben vom
Deutschen wissenschaftlichen Institut
der Steuerberater e.V.**

DWS-Schriftenreihe Nr. 34



**Verlag des wissenschaftlichen Instituts
der Steuerberater GmbH
Berlin**

Titel: Quo vadis Freiberuflergesellschaft?

Herausgeber: Deutsches wissenschaftliches Institut der Steuerberater e.V.

Verlag: Verlag des wissenschaftlichen Instituts der Steuerberater GmbH
Behrenstraße 42
10117 Berlin
Tel.: 030 288856-6
Fax: 030 288856-70
Internet: www.dws-verlag.de
E-Mail: info@dws-verlag.de

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH
www.druckcenter.de

ISBN: 978-3-933911-87-2

1. Auflage 7/2016

Dieses Produkt wurde mit äußerster Sorgfalt bearbeitet, für den Inhalt kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung sind dem Verlag vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Vorwort

Die berufsrechtlichen Regelungen der Freien Berufe zur interprofessionellen Zusammenarbeit stehen in letzter Zeit verstärkt auf dem Prüfstand der höchstgerichtlichen Rechtsprechung. Das Bundesverfassungsgericht (im Folgenden „BVerfG“) erklärte mit Beschluss v. 14.01.2014 die Regelungen im Berufsrecht der Rechts- und Patentanwälte, die bei einer Rechts- bzw. Patentanwaltsgesellschaft bestimmte Anteils- und Mehrheitserfordernisse zugunsten der Angehörigen einer Berufsgruppe vorschreiben, für verfassungswidrig. Zudem entschied das BVerfG Anfang 2016 auf eine Vorlage des Bundesgerichtshofs („BGH“), dass die Regelung des § 59a Abs. 1 BRAO, soweit sie die Bildung einer Partnerschaft zwischen Rechtsanwälten und Ärzten bzw. Apothekern verbietet, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Die Entscheidungen des BVerfG werfen grundsätzliche Fragen zur Verfassungsmäßigkeit bestehender Beschränkungen der interprofessionellen Zusammenarbeit auf. Sie reihen sich ein in die insbesondere auf europäischer Ebene geführte Diskussion um eine Deregulierung bei den Freien Berufen. Das DWS-Institut hat diese aktuelle Entwicklung zum Anlass genommen, in der Berufsrechtstagung am 12.10.2015 die Zukunft der interprofessionellen Freiberuflergesellschaft näher zu beleuchten.

Die Tagung machte deutlich, dass das BVerfG im Vergleich zu früher eine verstärkte Inhaltskontrolle vornimmt und erhöhte Anforderungen an die Rechtfertigung von Beschränkungen stellt. Es verfolgt zunehmend den Ansatz, anstatt auf institutionelle Absicherungen, wie z. B. bestimmte Mehrheitserfordernisse bei den Berufsgesellschaften, auf die Bindung an allgemeine Berufspflichten und deren Kontrolle durch die Berufsaufsicht im Einzelfall zu setzen. Auf europäischer Ebene ergibt sich ein zusätzlicher Deregulierungsdruck daraus, dass bestehende Regulierungen anhand der Grundfreiheiten überprüft werden und dabei zunehmend eine strenge Kohärenzkontrolle erfolgt.

Das Berufsrecht der Freien Berufe in Deutschland ist ein Garant für eine hohe Dienstleistungsqualität und dient dem Verbraucherschutz. Die Berufsregelungen sichern die Freiberuflichkeit und Unabhängigkeit des Berufsstands. Im Hinblick darauf bestand Einigkeit, dass eine rein ökonomische Sichtweise, welche die berufsrechtlichen Regelungen allein an deren wirtschaftlicher Effizienz misst, abzulehnen ist. Zum einen be-

rücksichtigt dieser Ansatz nicht die besondere Funktion der Freien Berufe in Deutschland, die bei Ausübung ihres Berufs auch Belange des Gemeinwohls wahrnehmen. Zum anderen ist empirisch nicht belegt, dass ein Abbau berufsrechtlicher Regulierungen tatsächlich zu mehr Wirtschaftswachstum führen würde.

Bedanken möchten wir uns bei den Referenten der Tagung, den Herren Prof. Dr. Winfried Kluth, Prof. Dr. Jörn Axel Kämmerer, Prof. Dr. Matthias Kilian und Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner. Unser Dank gilt ebenso Herrn Prof. Dr. Thomas Mann, Vorsitzender des wissenschaftlichen Arbeitskreises „Berufsrecht“ des DWS-Instituts, für die Vorbereitung und Moderation der Tagung.

Dr. Raoul Riedlinger
Vorstandsvorsitzender des
Deutschen wissenschaftlichen
Instituts der Steuerberater e.V.

Inhaltsübersicht

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 3 |
| Begrüßung durch Herrn StB/WP/RA Dr. Raoul Riedlinger | 7 |
| I. Impulsreferat | |
| Quo vadis Freiberuflergesellschaft? | 13 |
| <i>Prof. Dr. Winfried Kluth</i> | |
| 1. Die besondere Relevanz der Berufsorganisation bei den Freien Berufen | 13 |
| 2. Die Infragestellung von rechtlichen Restriktionen der beruflichen Selbstorganisation | 15 |
| 3. Die Entscheidungspraxis des Bundesverfassungsgerichts | 27 |
| 4. Die Folgen einer Liberalisierung für die Struktur des Berufsrechts und die Ausübung der Berufsaufsicht | 39 |
| 5. Ein Blick auf die Argumentationsmethoden | 42 |
| 6. Ausblick | 45 |
| II. Statements | 47 |
| 1. Einführung | 47 |
| <i>Prof. Dr. Thomas Mann</i> | |
| 2. Freiberuflergesellschaften im Fokus höchster Gerichte | 49 |
| <i>Prof. Dr. Jörn Axel Kämmerer, Hamburg</i> | |
| 3. Sechs Thesen zur Zukunft der Freiberuflergesellschaft | 55 |
| <i>Prof. Dr. Matthias Kilian, Köln</i> | |
| 4. Das Berufsrecht der Freien Berufe unter dem Liberalisierungsdruck der Europäischen Union und des Bundesverfassungsgerichts | 61 |
| <i>Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner, Freiburg</i> | |
| III. Podiumsdiskussion unter Einbeziehung des Auditoriums | 69 |